Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 32 | München, 8. August 1930 | 17. Jahrgang

Das Jüdische Echo

Nummer 32 8. August 17. Jahrgang

Die Deutsche Staatspartei und der Antisemitismus

Berlin, 31. Juli. (JTA.) Die in diesen Tagen neugegründete Deutsche Staatspartei, in der sich bekanntlich die Demokratische Partei und die mit dem Jungdeutschen Orden verbundene Volksnationale Vereinigung mit einigen anderen Gruppen zusammengeschlossen haben, rief wegen der Verbindung mit der Volksnationalen Vereinigung in einem Teil der Demokratischen Partei eine unklare und mit Zweifeln beladene Vorstellung in bezug auf die jungdeutsche Mythologie in Rassefragen hervor. In der Abstimmungsaussprache des Demokratischen Parteiausschusses forderte der stellvertretende Vorsitzende des Central-Vereins, Dr. Bruno Weil, ein klares Bekenntnis, daß der Antisemitismus in der neuen Partei keinen Platz habe. Anläßlich der Vorgänge im Demokratischen Parteiausschuß über die neue Staatspartei und ihre Stellung zum Antisemitismus befragt, teilt Dr. Bruno Weil der JTA. mit:

Die neue Partei ist aus der Vereinigung der alten Demokratischen Partei mit der vor etwas mehr als Jahresfrist gegründeten Volksnationalen Vereinigung, einer Anzahl christlicher Gewerkschaftler und junger Volksparteiler hervorgegangen. Bei der gestern stattgehabten Beratung des Demokratischen Parteiausschusses ist die Frage nach der Stellung der neuen Partei zur Judenfrage mehrfach aufgeworfen worden. Die Volksnationale Vereinigung nimmt an sich Mitglieder ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses auf, steht aber im personalen Zusammenhang mit dem Jungdeutschen Orden, in dessen Bestimmung der Arierparagraph enthalten ist. In seinem Referat wies der frühere Minister Erich Koch-Weser darauf hin, daß der Vorsitzende der Volksnationalen Vereinigung es als Verleumdung erklärt habe, wenn man ihn des Antisemitismus beschuldige. Er selbst, Koch, werde unter keinen Umständen in einer Organisation mitwirken, die irgendwie judenfeindlich sei. In der Diskussion habe ich dann nochmals auf die Bedenken hingewiesen, aber gleichzeitig erklärt, daß, wenn in der Gesinnung der Volksnationalen Vereinigung eine Wandlung eingetreten sei, dies vom allgemeinen und jüdischen Standpunkte aus begrüßt werden soll. Die jüdischen Demokraten schlossen sich der neuen Partei in der Hoffnung an, daß auch die aus anderen Lagern kommenden Personen sich von jedem Vorurteil gegen Juden frei fühlen und in der sicheren Erwartung völliger Gleichberechtigung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm eine ganze Reihe nichtjüdischer Redner, darunter die Reichstagsabgeordnete Frau Bäumer und der Landtagsabgeordnete Grzimek, in gleichem Sinne Stellung. Die deutschen Juden werden es begrüßen, wenn in der Tat ein nicht unwichtiger Teil des deutschen Volkes sich vom Antisemitismus abwendet. Sie arbeiten an der neuen Partei vertrauensvoll mit, in der Erwartung, daß die gute Tradition der Demokratischen Partei hier fortgesetzt wird. Es ist im übrigen noch zu bemerken, daß der Jungdeutsche Orden schon seit geraumer Zeit in heftigem Kampf gegen Hitler und seine Scharen steht und daß die neue Partei die Führung des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bewegung übernehmen will.

Kundgebung des britischen Palästina-Komitees

Das britische Palästina-Komitee über die Hinausschiebung der Palästinadebatte im Unterhaus

London, 1. August. (JTA.) Eine Kundgebung des aus Parlamentariern aller Parteien bestehenden Britischen Palästina-Komitees nimmt anläßlich des Abschlusses der Parlamentssession am 1. August durch die folgende Erklärung zu der Hinausschiebung der Palästinadebatte im Unterhaus Stellung:

Am 1. August wurde das Parlament geschlossen, ohne daß eine Debatte über Palästina stattgefunden hat; dies obwohl seit den Unruhen fast ein Jahr verflossen ist. Zwar kann die Palästinafrage noch auf Grund der Appropriation Bill der Geschäftsordnung an einem Ergänzungstag zur Sprache gebracht werden. Das gilt aber in gleicher Weise für jeden anderen Gegenstand, und wenn in einer Debatte mehrere Fragen angeschnitten werden, liegt es im Belieben des Ministers, zu bestimmen, auf welche Frage er antworten will. Es ist für ihn dann nicht schwer, über einzelne Punkte zu schweigen oder nur Unwesentliches über sie zu sagen. Palästina ist aber nicht ein Punkt, über den ein Minister mit Leichtigkeit hinweggehen darf. Ist das aber nicht der triftigste Grund für das Parlament, sich über diesen Gegenstand in angemessener und gründlicher Weise auszusprechen? Indem wir diese Frage stellen, haben wir nicht die Interessen einer einzelnen Partei im Auge, sondern wir gemahnen die Unterhausmitglieder ohne Unterschied der Partei an ihre Pflicht, die Handlungen der Regierung zu kritisieren und zu kontrollieren. Schweigt das Parlament, dann herrschen die Beamten, denn die Minister sind bei noch so guten Absichten ohne Hilfe des Parlaments nicht stark genug, um ihrem Willen das Übergewicht zu verschaffen. Die Regierung Palästinas leidet in diesem Augenblick unter zuviel Verwaltung und zu wenig Inspiration.

Das Parlament war Palästina gegenüber hinsichtlich der aufgewandten Zeit nicht sehr großzügig. Es hatte schon seit Jahren nicht einen ganzen Tag für eine Palästinadebatte übrig; die fragmentarischen Diskussionen die inzwischen stattgefunden haben, waren von geringem Nutzen. Aber die Schwierigkeiten, mit denen wir es hier zu tun haben, sind solcher Art, daß sie nur durch eine erschöpfende Parlamentsdebatte beleuchtet werden können. Wir haben es nicht mehr mit dem offenen Frontalangriff gegen das Mandatsprinzip zu tun, und die Forderung, Palästina im Interesse der Wirtschaft zu räumen, erledigt sich durch ihre eigene Absurdität. Die Schwierigkeit beginnt erst, wenn wir uns fragen, was die Palästina-Regierung faktisch geleistet hat, um das Nationalheim

für die Juden vorwärts zu bringen. Gerade in der letzten Zeit hat sich die negative Haltung der Regierung, wie wir in dieser Hinsicht beobachten konnten, in eine gegnerische verwandelt. Die Administration scheint es als ihre Aufgabe anzusehen, nicht das Ziel der nationalen Heimstätte für die Juden zu fördern, sondern dieses Ziel so weit zu begrenzen und zu hemmen, bis es nicht mehr zu bedeuten hätte, als was schon unter türkischer Herrschaft faktisch bestand. Das Ansehen Englands leidet. Das nach der Balfour-Deklaration England zugewandte Vertrauen ist nun, infolge des Zauderns der bisherigen Palästina-Verwaltungen, im Schwinden begriffen. Man beschuldigt uns des Vertragsbruches, die Massen in Amerika und Osteuropa, die uns früher zujubelten, klagen uns jetzt an. Haben wir denn so viele andere Freunde in der Welt, daß wir es uns erlauben können, auf diese Freunde zu verzichten? Sind denn die Juden irgendein obskurer afrikanischer Stamm, daß wir gefahrlos die Erfüllung feierlicher Versprechungen an sie allein davon abhängig machen könnten, was für uns im Augenblick bequem ist? Gibt nicht die Tatsache zu denken, daß England von der Permanenten Mandatskommission in deren letzten Bericht formal gerügt worden ist? Sind wir nun Anhänger der Lehre von dem „Fetzen Papier“ geworden, einer Lehre, die wir früher mit dem Preis von Hunderten und Tausenden unserer besten jungen Menschen entrüstet bekämpften? Hätte das Parlament Gelegenheit gehabt, unsere Palästinapolitik systematisch zu beleuchten, dann hätten Fragen wie diese nicht gestellt werden müssen.

Juden und polnischer Staat

Der Chef der Ostabteilung im polnischen Innenministerium fordert eine positivere Haltung gegenüber den Juden

Warschau, 29. Juli. (JTA.) In dem Organ der polnischen Regierung „Gazetta Polska“ veröffentlicht der Chef der Ostabteilung im Innenministerium, Tadeusz Holubka, der zu dem engsten Kreise Marschall Pilsudskis gezählt wird, einen bemerkenswerten Aufsatz über die Juden in den polnischen Ostprovinzen, in dem u. a. gesagt wird:

Meiner Ansicht nach haben die Juden in den Ostgebieten große Fortschritte in der Abschwächung ihres nationalen Separatismus und in der Vertiefung des polnischen Staatsgedankens gemacht. Leider würdigen wir weder diese Erscheinung genug, noch auch die andere, daß die Juden in den größeren und kleineren Städten der Ostgebiete die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Russisch ist unter ihnen als Umgangssprache fast vollständig geschwunden. Die jüdische Jugend spricht untereinander polnisch oder jiddisch und hebräisch. Die polnische Presse, das polnische Buch und das polnische Theater werden immer populärer. Das bedeutet aber nicht, daß die Juden sich assimilieren; das zeigt nur, daß die polnische Kultur bei ihnen gleichzeitig mit der eigenen — der jüdischen Kultur — immer mehr Verbreitung findet. Das nationale Bewußtsein der Juden in den Ostgebieten ist sehr stark. Am stärksten ist unter den Juden der Ostgebiete, besonders in der jüngeren Generation, der Zionismus verbreitet. Auch die folkistische Bewegung ist stark. Hingegen spielen dort die orthodoxe Bewegung und die Rabbiner nicht die Rolle, die sie in Kongreßpolen oder in Galizien innehaben. Wir führen indessen eine zu primitive Politik gegenüber den Juden der Ostgebiete. Wir verlangen von ihnen bloß Loyalität dem Staat gegenüber und diese Loyalität wird uns gewährt. Und wenn auch der Kommunismus dort einen gewissen Einfluß hat, so beschränkt er sich bloß auf einen Teil der jüdischen Jugend. Diesem Einfluß muß entgegengetreten werden, aber nicht ausschließlich durch Unterdrückungsmaßnahmen. Richtiger wäre es, sich der Strömungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung zu bedienen. So sammelt z. B. die zionistische Bewegung in den Ostgebieten in ihren Reihen die Intelligenz und die fortschrittlichen Elemente. Unsere Beziehung zum Zionismus neigt zur Ablehnung und wir entschließen uns eher, die Orthodoxen und Folkisten zu unterstützen. Aber wir müßten tiefer auf den Grund der Dinge blicken und unsere Beziehung zum Zionismus einer Revision unterwerfen, wenn wir die russischen und kommunistischen Einflüsse in den Ostgebieten bekämpfen wollen. Für uns ist ein zionistischer Jude besser, als einer, der den ganzen Tag im Cheder sitzt oder in russischer Sprache kommunistische Propaganda betreibt. Es muß ganz offen gesagt werden, daß Zionisten und Folkisten, und sogar der „Bund“, in den Ostgebieten einen positiven Faktor darstellen, weil die um das Beth Hamidrasch und um den Cheder konzentrierten jüdischen Massen wohl voller Loyalität gegenüber der Regierung sind, aber zugleich vollkommen gleichgültig gegenüber allen Erscheinungen und Problemen des polnischen Staatslebens. Diese Masse lebt mit dem Talmud, die moderne Wissenschaft betrachtet sie als eine Sünde, und mit der polnischen Kultur hat sie nichts zu tun. Aus eigenen Kräften werden wir nicht dazu imstande sein, die Mauern dieses geistigen Ghetto zu durchbrechen. Der einzige Ausweg ist die Begründung von Grundschulen für jüdische Kinder, die Sabbat halten, mit jüdischen Lehrern, die in polnischer Unterrichtssprache lehren, aber auch gut hebräisch können. Solche Schulen gibt es in den Ostgebieten bisher nicht und daher erfüllen die privaten Schulen, sowohl die hebräischen der Tarbuth-Organisation als auch die jiddischen der „Schulorganisation“, eine wichtige kulturelle Mission. Diese Schulen führen die jüdische Jugend aus den mittelalterlichen, finsteren Chadarim heraus. Daher sollten diese jüdischen Schulen unter besondere Regierungsaufsicht genommen werden. Die Schulen kämpfen jetzt mit großen materiellen Schwierigkeiten und man sollte von Regierungs wegen die Gehälter derjenigen Lehrer bezahlen, die polnische Unterrichtsgegenstände unterrichten. Manche von diesen Schulen stehen auf einer sehr hohen pädagogischen Stufe und verdienen in vollem Ausmaß durch die Regierung oder die Städte unterstützt zu werden. Aber Grundschulen sind nicht alles. Wollen wir den Separatismus der Juden vermindern, dann gibt es keinen besseren Weg zu diesem Ziel als die Errichtung von Handwerkerschulen und technischen Schulen für jüdische Kinder.

Die polnische Politik in den Ostgebieten müßte sich bemühen, die Juden zu einem aktiven Element für den polnischen Staat heranzubilden.

Ohne Zweifel bedeutet das Gesetz über die Sonntagsruhe für die Juden einen schweren Schlag. Der jüdische Handwerker kann nicht verstehen, warum man von ihm verlangt, zweimal in der Woche zu feiern. In der Praxis führt das auch zum Bruch des Gesetzes über die Sonntagsruhe und das ist sowohl für die Juden wie für die Regierung nicht gut. Die jüdische Bevölkerung der Ostgebiete wird von der Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen. Eine richtige Behandlung des jüdischen Steuerzahlers, Gewährung von Darlehen und Ermäßigungen würden sehr viel dazu beitragen können, die jüdische Bevölkerung für die polnische Staatsidee zu gewinnen.

Wir machen uns auch darin eines großen Fehlers schuldig, daß wir uns nicht bemühen, mit der jüdischen Intelligenz zusammenzuleben, unter der es eine große Zahl von Personen mit höherer Bildung gibt. Es ist heute undenkbar, daß ein jüdischer Abiturient, der ein polnisches Staatsgymnasium besucht hat und die polnische Sprache ausgezeichnet beherrscht, einen Regierungsposten, sei es auch nur als „Kanzelist“, erhält oder in diesem oder jenem Regierungsamt angestellt wird. Das alles ruft bei den Juden eine tiefe Niedergeschlagenheit hervor und bringt sie zu der Ansicht, daß sie von der polnischen Gesellschaft als Menschen betrachtet werden, die irgendwie schlechter sind, als Bürger zweiter Klasse. Und doch handelt es sich darum, daß die Juden in den Ostgebieten nicht bloß passiv in ihrer Loyalität verharren, sondern warme Patrioten des polnischen Staates werden; daß sie, ohne ihre nationalen und religiösen Besonderheiten aufzugeben, zu gleicher Zeit aktiv an der Befestigung des polnischen Staates mitarbeiten.

Snell über jüdisch-arabische Zusammenarbeit

Brief an den Brith Schalom — Er schlägt binationale Lokalkomitees in Palästina vor

Jerusalem, 30. Juli. (JTA.) In dem soeben erschienenen fünften Heft der vom Brith Schalom in Jerusalem herausgegebenen periodischen Veröffentlichung „Sche'ifotejnu“ (Unsere Ziele) gelangt ein Brief zum Abdruck, den Harry Snell Anfang Mai an den Brith Schalom gerichtet hat. Harry Snell war bekanntlich der Vertreter der britischen Arbeiterpartei innerhalb der von Sir Walter Shaw geführten Palästina-Untersuchungskommission und ist Verfasser der Vorbehaltserklärung, die dem Bericht der Kommission beigegeben ist und zahlreiche Einwendungen gegen seine Darstellung und Schlußfolgerungen enthält. Der Brief Harry Snells hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin der Meinung, daß ‚Brith Schalom‘ es sich angelegen sein lassen sollte, zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, in jedem Dorfe und in jeder Stadt, in denen die beiden Völker nebeneinander wohnen, binationale Komitees zu errichten, wie ich sie in meiner, dem Bericht der Untersuchungskommission beigegebenen Vorbehaltserklärung vorgeschlagen habe. Ich bin überzeugt, daß die Basis für Beziehungen gegegenseitiger Achtung und gegenseitigen Verständnisses zwischen den beiden Völkern vorerst in den Dörfern geschaffen werden muß und daß sie sich von dort aus auf die Städte und schließlich auf das ganze Land ausdehnen wird. In den südamerikanischen Ländern haben binationale Komitees einen außerordentlich wirksamen Einfluß auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen den dort ansässigen Völkern ausgeübt und zu einem unerwarteten Erfolge geführt. In der ursprünglichen Fassung meiner Vorbehaltsbemerkungen zum Shaw-Bericht habe ich mich über diesen Punkt ausführlich geäußert, war aber später gezwungen, diesen Teil meiner Ausführungen ausfallen zu lassen, wie ich auch andere Dinge, die ich gern hätte sagen wollen, ungesagt sein ließ.

Solche binationale Komitees werden sich zunächst mit lokalen Aufgaben zu befassen haben, wie Straßenreinigung, Versorgung mit einwandfreiem Wasser, Kinderhygiene, Krankenhausdienst, Säuglingsfürsorge, Haushygiene, sanitäre Kontrolle, allgemeine sanitäre Verhältnisse. Von da aus könnten die Komitees dazu übergeben, sich mit landwirtschaftlichen Fragen zu befassen, wie Wasserversorgung usw. Die Komitees hätten sich mit den zwischen den beiden Völkern bestehenden Schwierigkeiten nicht zu beschäftigen. Sie sollen eine ungetrübte Quelle guten Willens zwischen den beiden beieinander wohnenden Völkern darstellen. Zentralen Komitees in den Städten wird die Aufgabe zufallen, die Erfahrungen aller Einzelkomitees zum Besten der Allgemeinheit zu verwerten und die Aufgabe eines übergeordneten binationalen Landeskomitees wäre im Verhältnis zum ganzen Lande die gleiche, wie die Aufgabe der zentralen Komitees im Verhältnis zu ihrem Bezirk. Der jüdische Einwanderer mit seiner reicheren Erfahrenheit hat die moralische Pflicht, in dieser oder einer wirksameren Weise der Anbahnung guter Beziehungen zu dienen. Die Ergebnisse derartiger Anstrengungen können ohne Zweifel groß und außerordentlich wichtig sein.“

Die Vereinigung Brith Schalom hat, wie anläßlich des Abdrucks dieses Briefes vermerkt wird, auf diese Bemerkungen Snells bei der Abfassung eines Memorandums Bezug genommen, das eine Reihe von praktischen Vorschlägen zur Verbesserung der jüdisch-arabischen Beziehungen in Palästina enthält und der Palästina-Exekutive der Jewish Agency und dem Waad Leumi seitens des Brith Schalom überreicht wurde.

Die arabische Taktik im Klagemauerkonflikt

London, 1. August. (JTA.) Im Bulletin des Britischen Palästina-Komitees vom 30. Juli nimmt zu der Art, wie die Moslemiten ihren Standpunkt vor der Klagemauer-Kommission vertreten, wie folgt Stellung: Der arabische Standpunkt wurde vor der Klagemauer-Kommission sehr geschickt vertreten, so geschickt, daß man staunen muß, woher das Geld für die umfangreiche arabische Organisation und Propaganda stammt. Daß die Mittel der Jewish Agency bei den Juden der ganzen Welt gesammelt werden, ist allgemein bekannt. Werden die Araber ausschließlich durch Beiträge von Moslems innerhalb und außerhalb Palästinas finanziert? In jedem Falle haben sich die Araber als wohlorganisiert und im Besitze ausreichender Geldmittel, sowie als zur „Abwehr von Gewalt“ hinreichend gerüstet erwiesen. Die Sympathie mit ihrer „Hilflosigkeit“, die sentimentale Menschen in England hegen, scheint daher, vorsichtig ausgedrückt, unangebracht zu sein.

Der Versuch, die Empfindungen der Moslems außerhalb Palästinas in Wallung zu bringen, war nur zum Teil erfolgreich. Der in einer Flut von Telegrammen aus Syrien, Ägypten und Indien erhobene Schrei wegen der gefährdeten moslemischen Heiligen Stätten hätte stärkeren Eindruck gemacht, hätten die Kundgebungen durch eine gewisse Gleichartigkeit ihrer Formulierung nicht so nachdrücklich auf eine Zentralstelle, die sie dirigierte, hingewiesen. Die moslemischen Delegierten aus anderen Ländern hielten vor der Kommission Reden, die sie vor ihrer Ankunft im Lande und noch bevor sie die wahre Lage kannten, verfaßt hatten. Und sie machten aus ihrer Enttäuschung kein Hehl: Sie waren gekommen, um die Heiligen Stätten zu verteidigen. Als sie sich aber lange genug im Lande aufgehalten hatten, fanden sie, daß die Heiligen Stätten fern jeder Gefahr und daher einer Verteidigung nicht bedürftig sind.

Die arabischen Versuche, aus diesem rein religiösen Streitpunkte eine die ganze Mandatspolitik aufrührende politische Frage zu machen, enthüllen die wahren Ziele der arabischen Agitation. Der Streit wegen des Rechtes auf Gottesdienst vor der Klagemauer reicht in die Zeit vor dem Mandat zurück und hat mit dem Mandat nichts zu schaffen. Der Versuch der Araber, die Mandatsfrage in diesen Streit hineinzuziehen, ist (neben den vielen anderen Beweisen, die die Shaw-Kommission eigentümlicherweise ignoriert hat) ein Beweis mehr dafür, daß die Araber diesen Streit lediglich zu dem Zweck erneuert haben, um die Gefühle der Moslems gegen die Juden aufzustacheln und der Erfüllung des Mandates Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Der Kongreß für das arbeitende Palästina

Als Basis für den Allweltlichen Kongreß für das arbeitende Palästina, den die Allgemeine jüdische Arbeiterorganisation in Palästina für den Monat September dieses Jahres einberuft, hat die Histadruth folgende Grundsätze und Ziele festgesetzt:

Grundsätze des arbeitenden Palästina

Chaluz- und Volkseinwanderung nach Palästina auf breiter Basis; Arbeiteransiedlung in Palästina mit Hilfe nationalen Kapitals auf der Grundlage von kooperativer Selbstarbeit in Stadt und Landwirtschaft; Erwerb von Boden durch den Jüdischen Nationalfonds; Organisierte jüdische Arbeit in der gesamten jüdischen Wirtschaft des Landes; Eigenes Erziehungs- und Kulturwerk der Arbeiterschaft für die Jugend und den arbeitenden Erwachsenen; Selbständige wirtschaftliche, politische, kulturelle und organisatorische Tätigkeit der jüdischen Arbeiterschaft Erez Israels; Stärkung des eigenen Fonds der Arbeiterschaft für ihre selbständige Tätigkeit; Kampf um eine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Schutzgesetzgebung; Sicherung einer entsprechenden Interessenvertretung der Arbeiterschaft und der Volksmassen in allen Institutionen der jüdischen Gemeinschaft und den Verwaltungskörperschaften des Landes; Gemeinsame Organisierung jüdischer und arabischer Arbeiter auf der Grundlage nationaler autonomer Einheiten; Ständige Hilfeleistung zur Hebung des wirtschaftlichen und kulturellen Standards des arabischen Arbeiters.

Ziele des Kongresses für das arbeitende Palästina

Moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung der Tätigkeit der Arbeiterschaft in Erez Israel auf kolonisatorischem, wirtschaftlichem, kulturellem und gewerkschaftlichem Gebiete; Erziehung des jüdischen Volkes und insbesondere der Jugend im Geiste des arbeitenden Erez Israel und ihre Vorbereitung zu der persönlichen Verwirklichung einer arbeitenden Gemeinschaft in Erez Israel.

Die Lage der Juden in Rumänien

Der JTA-Sonderkorrespondent beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Luguzhanu

Bukarest, 1. August. (JTA.) Unterstaatssekretär Luguzhanu, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Maniu, empfing den Sonder-Korrespondenten der JTA., Herrn Smolar, in einer längeren Audienz. Im Verlauf der Unterredung sagte Luguzhanu: „Wir haben in den letzten Monaten vielleicht nicht alles zur Bekämpfung des Antisemitismus getan. Wir sehen aber ein, daß nunmehr schärfere Maßnahmen notwendig sind und zögern auch nicht, solche Maßnahmen zu treffen.“ Luguzhanu bat den Korrespondenten, die öffentliche Meinung des Auslands wissen zu lassen, daß die Regierung die Situation beherrscht und nicht zugeben wird, daß sich weiterhin tätliche Angriffe gegen Juden ereignen. „Wir sind aufrichtig bemüht“, führte Luguzhanu weiter aus, „dem Antisemitismus Einhalt zu gebieten. Jedoch kann eine Regierung wohl Gesetze ändern, aber nicht die Menschen oder ihre ererbten Traditionen. Der Antisemitismus ist in unsere Bevölkerung durch vorangegangene Regierungen eingepflanzt worden in einer Zeit, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden können. Wir sind nicht für die Tausende antisemitischer Studenten und selbst Beamten verantwortlich zu machen, die durch frühere Regierungen zu antisemitischer Betätigung angetrieben worden sind. Wir können diese Studenten nicht vertreiben und wir können nicht 300 000 Beamte beseitigen. Eine Änderung dieser Lage erfordert Zeit, aber ich versichere Sie, daß unsere gegenwärtige Politik dahin geht, das Land vom Antisemitismus zu säubern und die antijüdische Betätigung der Studenten zu verhindern. Es ist unsere Absicht, die legale Stellung der Juden in unserem Lande auf die höchstmögliche Stufe zu bringen!“ Zur Bekräftigung seiner Argumentation wies Luguzhanu darauf hin, daß die Juden noch nie so viele Vertreter im Parlament und in den Stadtverwaltungen hatten wie unter der Regierung Maniu. Er schloß das Gespräch mit dem Satz: „Lassen Sie uns zwei oder drei Jahre Zeit, und der Antisemitismus in Rumänien wird der Vergangenheit angehören.“

König Carol macht Maniu für weitere antisemitische Vorfälle verantwortlich

Bukarest, 4. August. (JTA.) Es verlautet, daß König Carol heute den Ministerpräsidenten Maniu empfangen und ihn bei dieser Gelegenheit für alle weiteren Ausschreitungen des Antisemitismus verantwortlich gemacht hat. Man sieht in dieser Haltung des Königs eine Garantie dafür, daß nunmehr durchgreifende Maßnahmen im Interesse der Sicherheit der jüdischen Bevölkerung durchgeführt werden würden.

Die Presse teilt mit, daß die Position des Innenministers Vaida Voevod beim König sich gebessert hat, nachdem Vaida Voevod nunmehr schärfer gegen die antisemitische Bewegung einschreitet. Ein baldiger Rücktritt des Innenministers wird nun nicht mehr erwartet.

Der Prozeß gegen Codreanu findet noch in dieser Woche statt

Bukarest, 4. August. (JTA.) Der Prozeß gegen den Führer der „Eisernen Garde“ Zelea Codreanu wird, wie soeben mitgeteilt wird, noch in dieser Woche vor dem Gericht in Bukarest beginnen. Die beschleunigte Vorbereitung des Prozesses wird als ein Symptom dafür angesehen, daß nunmehr auch das Justizministerium ernstlich gegen die Antisemiten einschreiten will. Gegen das Justizministerium wurde bisher geklagt, daß es eine übergroße Milde gegen antisemitische Exzedenten walten läßt, indem es solche Exzedenten nach deren Verhaftung freiläßt und die Prozesse auf einen Zeitpunkt verschiebt, in dem alles in Vergessenheit geraten ist. Hat ja auch Innenminister Vaida Voevod in einem Gespräch mit dem JTA-Vertreter und Herrn Zwi Aberson erklärt, daß Beamte des Justizministeriums die von Beamten des Innenministeriums verhafteten Antisemiten sofort wieder freilassen.

Einen weiteren Schritt zur Besserung sieht man darin, daß der Oberstaatsanwalt Alexandru mit der Führung der Untersuchung gegen die Unruhestifter in der Südbukowina betraut wurde, nachdem gegen die dortigen Justizbeamten seitens der jüdischen Bevölkerung der Vorwurf erhoben wurde, daß sie sich von Sympathien gegenüber den Antisemiten leiten lassen.

Aus der jüdischen Welt

Die Deutsche Volkspartei und das Hakenkreuz Will Dr. Scholz auf ein zukünftiges Zusammengehen mit den Nationalsozialsten verzichten?

Berlin, 4. August. (JTA.) Das „Berliner Tageblatt“ forderte vor einigen Tagen den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, auf, sich darüber zu äußern, ob er im nächsten Reichstag jede direkte oder indirekte Verbindung mit den Nationalsozialisten ablehnen werde oder nicht.

Würde er, lautete die Frage, eine Regierung mit den Hitler-Leuten nach thüringischem Muster mitmachen oder unterstützen, um die Bildung der Großen Koalition zu verhindern, für die im nächsten Reichstag ziemlich sicher eine Mehrheit vorhanden sein wird? Herr Dr. Scholz, schreibt nun das „Berliner Tageblatt“, hat bisher keine Antwort auf diese Frage gegeben; inzwischen ist eine andere, zwar unpersönliche, aber glaubwürdige Antwort des Dr. Scholz bekannt geworden: er hat, gemeinsam mit den Führern der anderen Rechtsparteien, in den Verhandlungen mit der Deutschen Staatspartei es abgelehnt, auf ein zukünftiges Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu verzichten, und dadurch auch die Fusionsbemühungen der bürgerlichen Parteien zum Scheitern gebracht. Das „Berliner Tageblatt“ begrüßt es, daß dadurch die notwendige Klärung erreicht worden ist.

Das demokratische Deutschland trauert um Ludwig Haas

Berlin, 4. August. (JTA.) Das am Samstag, dem 2. August, nachmittags, in Karlsruhe erfolgte Ableben des deutschen demokratischen Führers Ludwig Haas, Mitglied des Reichstags, hat die republikanischen Kreise Deutschlands in Trauer versetzt. Seit der Jahreswende lag Ludwig Haas schwerkrank darnieder. Seine politische Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der Demokratischen Fraktion des Reichstags hatte seitdem geruht. Doch stand er bis zuletzt mit der Leitung der Deutschen Demokratischen Partei brieflich in Fühlung. Er hatte dem Parteivorsitzenden Koch-Weser mitgeteilt, daß sein Gesundheitszustand ihm eine ernste Spitzenkandidatur in seinem Wahlkreise Thüringen nicht gestatte, er hatte sich aber bereit erklärt, auf der Reichsliste zu kandidieren.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt zum Tode von Ludwig Haas: Reichstagsabegeordneter Dr. Ludwig Haas, der seit den Neuwahlen von 1928 den Vorsitz der Demokratischen Reichstagsfraktion geführt hatte, war infolge der großen Strapazen, die er auf sich hatte nehmen müssen, Anfang 1930 zusammengebrochen; insbesondere hatten ihn die schwierigen Verhandlungen, die sich aus der ungünstigen politischen Lage in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 ergaben, körperlich und seelisch außerordentlich in Anspruch genommen. Bei allen Anhängern der Deutschen Staatspartei hat das plötzliche Hinscheiden von Dr. Haas die größte Bestürzung und Trauer hervorgerufen.

Dr. Ludwig Haas wurde am 16. April 1875 in Freiburg geboren, hat also ein Alter von 55 Jahren erreicht. Er war einer der angesehensten Rechtsanwälte in Karlsruhe, seit 1912 gehörte er dem Reichstage an. Bei Kriegsausbruch ging er als Freiwilliger ins Feld und erwarb an der Front sehr bald das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse. In den letzten Kriegsjahren war er eine Zeitlang Leiter des jüdischen Dezernats bei der deutschen Zivilverwaltung in Polen. 1918 war er in der badischen „vorläufigen Volksregierung“ Minister des Innern und Staatsrat. 1919 wurde er in die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, später wieder in den Reichstag gewählt. Er wurde einer der aktivsten Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Er gehörte dem Hauptvorstand des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an und stritt bei jeder sich bietenden Gelegenheit für jüdische Ehre und jüdische Bürgerrechte.

Ein Schreiben der Staatspartei an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Die Deutsche Staatspartei richtete an den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das folgende Schreiben:

„Die Deutschen Staatspartei hat von vornherein in ihrem Aufruf und in den Darlegungen ihrer Führer erklärt, daß sie ohne politische und konfessionelle Engherzigkeit und ohne Klassengebundenheit ihre Tore weit geöffnet hält. Das bezieht sich nicht nur auf die Mitgliedschaft, sondern auch auf die führenden Stellungen in der Partei und in der künftigen Fraktion. Einig ist man sich nur darüber, daß den jungen Kräften aller Schichten eine weitgehende Mitwirkung an der Führung eingeräumt und daß die Deutsche Staatspartei ihren Willen entschlossen für die Verwirklichung der notwendigen großen Reformen einsetzen wird.“

gez. Koch-Weser. gez. Dr. Winschuh.

Die Berliner Jüdische Gemeinde und die Abwehr des Antisemitismus

Berlin, 31. Juli. (JTA.) Der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde hat in seiner letzten Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, angesichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden den Versuch zu unternehmen, eine einheitliche Front der Abwehrbewegung des deutschen Judentums zu schaffen. Zu diesem Zweck hat der Gemeindevorstand eine Konferenz einberufen, zu welcher die Zentralvorstände des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland gebeten wurden, Vertreter zu entsenden. Auf der Konferenz soll der Versuch gemacht werden, alle Kräfte des deutschen Judentums für den Kampf gegen die antisemitische Hochflut zusammenzufassen.

Palästinensische Makkabim retten die Verunglückten an der Ilmbrücke

Berlin, 30. Juli. (JTA.) Wie uns mitgeteilt wird, ist die Rettung bzw. Bergung der bei dem Autobusunglück an der Ilmbrücke Verunglückten Mitgliedern der palästinensischen Makkabi-Organisation zu verdanken, die auf ihrer Rückfahrt von Antwerpen auf Motorrädern zwischen Weimar und Erfurt Zeugen des in der Presse geschilderten Unglücksfalles wurden. Vor den Augen der vier an der Spitze fahrenden Makkabim stürzte beim Überfahren der Brücke über die Ilm ein mit 40 Personen besetzter Autobus in den Fluß. Die zahlreichen Zuschauer des Unglücks verharrten untätig, weil der langsam sinkende Autobus keine Aussichten für Rettungsmöglichkeiten bot. Ohne sich der Kleider zu entledigen, sprangen die vier Makkabi-Angehörigen ins Wasser und befreiten durch Einschlagen der Scheiben die mit dem Tode kämpfenden Menschen. Es gelang ihnen, 36 Personen, darunter fünf Schwerverletzte, lebend zu bergen. Zwei konnten von ihnen nur als Leichen ans Ufer geschafft werden. Zwei wurden von den Fluten abgetrieben und konnten nicht mehr geborgen werden.

Dr. Alfred Loewenstein Leiter des britischen Instituts in München

München, 30. Juli. (JTA.) Wie aus München berichtet wird, ist unter dem Protektorat der englichen Regierung und mit Beteiligung der Stadt München ein „Britisches Institut“ gegründet worden. Mit der Leitung des Instituts wurde der Münchener Privatgelehrte Dr. Alfred Löwenstein betraut. Das „Britische Institut“ hat die Aufgabe,

die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zu fördern.

Die revisionistische Konferenz

Am 10. August beginnt in Prag die IV. Weltkonferenz der Union der Zionisten-Revisionisten. Die Eröffnungsrede hält Jabotinsky in der Produktenbörse am 10. August, 10 Uhr vormittags, über „Die Krise im Zionismus und die Aufgaben der zionistischen Bewegung". Die weiteren Sitzungen, die bis zum 14. August dauern, werden im Bet-Am stattfinden. Unter anderem werden die folgenden Referate gehalten werden: M. Großmann über „Die Rekonstruktion der zionistischen Politik", S. E. Soskin über „Die Landfrage in Palästina", R. Lichtheim über „Die Beziehung zur Zionistischen Organisation und zur Jewish Agency". — Die Londoner „Jewish Times" teilt mit, daß die Exekutive auf der Konferenz in Prag durch ihr Mitglied, Prof. Brodetzky, vertreten sein wird. Brodetzky wird angeblich ein Referat über „Die politische Lage des Zionismus" halten.

Jüdische Bevölkerungsbewegung in der Tschechoslowakei im Jahre 1929

Prag, 17. Juli. (JTA.) Das statistische Staatsamt veröffentlicht eben nachstehende Ziffern zur jüdischen Bevölkerungsbewegung im vergangenen Jahre: Es wurden insgesamt zwischen 682 Frauen und 694 Männern jüdischer Nationalität Ehen geschlossen, davon in Böhmen 129—130, Mähren-Schlesien 107—109, Slowakei und Karpathorußland 446—446. — Der Größe der Wohngemeinden nach entfielen auf Gemeinden von 10—20 000 Einwohnern 218—222 Ehen, 20—50 000 Einwohnern 171—164 Ehen, 50—100 000 Einwohnern 160—161 Ehen, mehr als 100 000 Einwohnern 133—147 Ehen.

Lebendgeburten von der Nationalität nach jüdischen Müttern gab es im Jahre 1929 1471 (Böhmen 182, Mähren-Schlesien 170, Slowakei-Karpathorußland 1119); Totgeburten 1077 (Böhmen 257, Mähren-Schlesien 182, Slowakei-Karpathorußland 683). Mit den Lebendgeburten steht die jüdische Nationalität mit 19.15 von tausend Einwohnern der gleichen Nationalität an erster Stelle. Es folgen die Ungarn mit 16.55, Tschechen mit 14.16, die Deutschen mit 10.00. Diese Statistik erstreckt sich nicht auf alle, sondern nur auf die Juden, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen.

Registrierung polnischer Kandidaten mittelständischer Kolonisation in Palästina

Warschau, 30. Juli. (JTA.) Bekanntlich wurde bei der letzten Sitzung des Administrativ-Komitees der Jewish Agency ein Projekt mittelständischer Kolonisation genehmigt, demzufolge aus Keren-Kajemeth-Böden mit öffentlicher Hilfe in der Pflanzungszone tausend Familien angesiedelt werden sollen, von denen jede über 300 Pfund eigenen Kapitals verfügt. Das Zentralkomitee der Zionistischen Organisation in Polen hat nun an alle zionistischen Ortsgruppen und Vereinigungen Polens ein Zirkular erlassen, in dem diesen aufgetragen wird, mit größter Beschleunigung alle diejenigen zu registrieren, die ihre Ansiedlung in Palästina im Rahmen dieses Projektes erstreben und die notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Das Verzeichnis der Ansiedlungsbewerber aus ganz Polen soll mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden, damit es der nächsten, in Berlin Ende August stattfindenden, Sitzung des Administrativkomitees unterbreitet werden kann.

Schwere Bestrafung antisemitischer Arbeiter in Sowjetrußland

Moskau, 3. August. (JTA.) Das Gericht in Beschizk, Gouvernement Tula, verurteilte drei Arbeiter zu je zwei Jahren Gefängnis und vier Arbeiter zu Zwangsarbeit wegen Mißhandlung und Verhöhnung ihres jüdischen Arbeitsgenossen Gorelik. Die Verhandlung brachte zutage, daß die Verurteilten ihren jüdischen Genossen, mit dem sie in der Fabrik „Roter Propintern" zusammen arbeiteten, längere Zeit hindurch systematisch mißhandelt und verhöhnt hatten; sie pflegten ihm oft die Kleider vom Leibe zu reißen und ihn verschiedenen Torturen zu unterziehen. In der Urteilsbegründung unterstrich der Gerichtsvorsitzende, daß der Antisemitismus eines der Mittel der Konterrevolution ist und darum schwer bestraft werden soll. Die den Gerichtssaal füllenden Arbeiter gaben ihre Zufriedenheit über das Urteil durch Applaus kund.

Die Sowjetpresse teilt eine Reihe weiterer Fälle von antisemitischer Ausschreitung in Fabriken mit. In einer Fabrik in Witebsk hat eine Gruppe russischer Arbeiter die Frau des jüdischen Fabrikleiters mißhandelt, wobei die übrige Belegschaft der Fabrik, darunter einige Kommunisten, dem Roheitsakt untätig zugesehen hat. Daraufhin wurden das Fabrikskomitee und die kommunistische Parteikammer der Fabrik aufgelöst. In einer Reihe Witebsker Fabriken faßte die Arbeiterschaft scharfe Resolutionen gegen die Huligan-Taten der Antisemiten.

Die Mac-Mahon-Hussein-Korrespondenz

London, 3. August. (JTA.) Am letzten Sitzungstage des Unterhauses gab, durch eine Frage des Unterhausmitgliedes Cocks herausgefordert, der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Dr. Shiels, die seit langem erwartete Erklärung über die Mac-Mahon-Hussein-Korrespondenz ab. Die Regierung, sagte Dr. Shiels, hat, durch das lebhafte Interesse des Unterhauses angeregt, diese Korrespondenz in ihrem vollem Umfange neu geprüft und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß noch immer wichtige Gründe, die mit der Palästina-Frage nichts zu tun haben, eine Veröffentlichung der Korrespondenz als vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses höchst unerwünscht erscheinen lassen. Diese Gründe werden noch mehrere Jahre lang wirksam bleiben.

Es gibt keine zureichende Grundlage für die Annahme, schloß Dr. Shiels, daß durch diese Korrespondenz die britische Regierung zu versprechen beabsichtigte oder gar schon versprochen habe, Palästina in den projektierten arabischen Staat mit einzubeziehen. Sir Henry Mac Mahon selbst hat bestritten, daß dies seine Ansicht gewesen sei. Zuzugeben ist, daß die unbestimmte und nicht eindeutige Fassung der Korrespondenz bei denjenigen, die in sie Einblick genommen haben, den Eindruck erweckt haben mochte, als hätte die Regierung eine solche Absicht gehabt.

Die Klagemauerkommission geht nach London

Genf, 28. Juli. (JTA.) Wie der JTA-Vertreter aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird die Klagemauerkommission, die Palästina vor einigen Tagen verlassen hat, nicht gleich nach Genf kommen, sondern sich vorerst nach London begeben.

Die Kommissionsmitglieder werden ihre Entscheidung in London wahrscheinlich nicht gleich redigieren, sondern werden zu einem späteren Zeitpunkt in einem noch zu bestimmenden Orte zusammentreffen, um den Bericht abzufassen und die Entscheidung zu fällen. In der Zwischenzeit soll jedes Mitglied die Möglichkeit haben, seine Schlüsse für sich zu formulieren.

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

25. Fortsetzung

Wieder ernüchtert, stand Komarowski mitten im Zimmer, die Rechte faßte die Pistole; dabei fiel ihm ein, daß noch die letzte Partie Rekruten nach Gosci abzufertigen sei. Er rief: Herein!

Graf Komarowski umarmte Mordechai und Wirzbicki. Sogleich setzte er ihnen eine Flasche Branntwein und ein Stück Wurst vor:

„Erwärmet euch ein wenig, Panowie! Hattet ihr Schwierigkeiten an der Grenze?"

„Nein."

„Kahane hat euch schon angekündigt."

„Wo ist er?"

„Er ist in Gosci. Mit Gottes Hilfe sind wir morgen auch dort."

Ein Reiter hielt vor dem Fenster. Bald darauf trat ein älterer Mann mit einer Konfederatka ein, und grüßte militärisch. Sein Gesicht war vom Frost verzerrt, und seine Augen tränten.

„Wo sind die Burschen, Stach?"

„Ein Unglück, Herr Oberst, ein Unglück!"

„Was gibt es?"

„Die Pfaffen wollen ihnen keine Absolution erteilen!"

„Was?" Komarowskis Augen blitzten auf.

Mordechai sah diesen Blick Komarowskis, den er bisher nie gekannt. Eine Sekunde lang leuchtete ein Stück von seinem eigenen Leben auf, nur ein matter Schimmer blieb: Felicia. Wo mochte sie jetzt sein?

Ferne, fremde Stimmen drangen auf ihn ein und flüsterten ihm zu: Es ist ein verlorenes Spiel, der Feind naht von allen Seiten mit schußbereitem Gewehr.

Mordechai versuchte die Stimmen zu überschreien und sie mit seinem eigenen Blut zu ersticken, mit dem Blute von Polens Jugend, die, wie er, zu Tausenden ausgezogen war, um sich für das Vaterland zu opfern.

Es schmerzte ihn, daß er an seine eigene Kraft nicht glaubte, daß sein starrer Trotz aufheulte,und er schämte sich vor dem Gedanken, der sich hartnäckig an ihn klammerte: es wird nicht einmal einer übrigbleiben, der deinen Eltern sagen kann, wo du liegst...

Er faßte die Flasche und trank daraus in tiefen Zügen.

Jetzt hörte er wieder die Stimme des Bauern:

„Herr Oberst, es ist meine Schuld... Es war so... die Burschen haben mich gebeten, ich möge sie in die Kirche führen... Wir gehen kämpfen, sagen sie, keiner weiß, was der nächste Morgen bringt, darum wollen wir beichten und wollen Absolution..."

„Gut, führe sie in die Kirche!"

„Ich habe sie hingeführt, Herr Oberst..."

„Was willst du also?"

„Die Pfaffen wollen nicht Absolution erteilen..."

„Warum?"

„Ich weiß es nicht. Sie sagen: ein ehrlicher Katholik darf nicht Krieg führen!"

„Wo sind also deine Leute?"

„Sie wollen nicht fort von der Kirche, sie sagen: ohne Beichte marschieren wir nicht."

„Schicken Sie mich hin, Graf!" Wirzbicki bebte am ganzen Leibe; er wartete nicht auf den Befehl, zog Mordechai mit sich und winkte Stach. Zu dritt verließen sie die Waldhütte und bestiegen ihre Pferde. Stach ritt als Führer voran. Wirzbicki griff einmal ums andere nach seiner Pistole.

„Ich schieße sie nieder! Ich schieße sie nieder! Die Kirche mache ich dem Erdboden gleich!"

Stach galoppierte auf seiner Stute voran. Es gab ihm keine Ruhe, daß er, ein Ulan von 1831, mit zwei grünen Jungen ritt, die ihn wahrscheinlich für einen Schuster aus der nächsten Stadt hielten. So riß er sein Pferd herum, zwängte sich zwischen seine Begleiter und platzte los:

„Da schleichen wir herum, überfallen den Feind hinter einem Zaun wie Mörder... und wie unsere Soldaten aussehen! Da nimmt man einen Bauern aus dem Bett seiner „Baba", steckt ihm eine Sense in die Hand — so, jetzt kämpfe!"

„Und war es im Jahre 1831 anders?" lächelte Mordechai.

„Ach, Panie, damals stellten wir uns dem Feinde, zogen mit Gesang in den Kampf, unsere Uniformen, unsere Pferde, alles blinkte! Jetzt schleichen wir über Felder und durch Wälder wie die Zigeuner, und fängt unsereiner einmal zu singen an, so zittert der Soldat vor Angst. Damals war es lustiger, Panowie..."

Seitlich im Walde sah man die Klosterkirche; dahinter zogen sich weißgetünchte Gebäude.

Die Menge, die beim Eingang stand, machte den Reitern Platz. Wirzbicki übergab Stach die Pferde und verschwand mit Mordechai hinter dem mächtigen Eisentor des Klosters.

In der düsteren Kirche herrschte ungewohnter Lärm. Junge Bauernburschen knieten bittend vor den unnachgiebigen Priestern oder vor den Klosterbrüdern und küßten ihre langen Soutanen. Da das nicht half, versuchten es andere mit Drohungen:

„Wir gehen nicht fort von hier!"

„Wir ziehen für Polen in den Kampf!"

„Für unsere Heimat!"

„Wir wollen beichten!"

„Hochwürdiger Herr, hab Erbarmen!"

„Ich hab Frau und Kinder daheim!"

„Man muß uns die Sünden vergeben!"

„Man muß es!"

Mordechai betrachtete die Mönche mit den frommen Mienen, die inmitten der Bauern standen, sie zurechtwiesen und aufforderten, auseinanderzugehen.

Wirzbicki stürmte wie ein böser Dämon unter die Priester:

„Was tut ihr, hochwürdige Herren? Das polnische Volk wird Euch das nie vergessen, nie! Das ist ein Verbrechen!"

„Du sollst nicht töten, ist eines der zehn Gebote", erwiderte ein großer, hagerer Klosterbruder und bekreuzigte sich.

Und die Klosterbrüder wiederholten:

„Du sollst nicht töten! Du sollst nicht töten! Du sollst nicht töten!"

Die vier Worte, die aus den dunklen Winkeln tönten, schwangen wie eine schwere Glocke über allen Köpfen; unaufhörlich wiederholten sie die Klosterbrüder wie einen magischen Spruch, der vor Unheil schützen soll.

Ein kleiner, dicker Klosterbruder mit einem glatten Milchgesicht nahm das Wort; er hielt die Daumen im Gürtel seiner Kutte, sein Blick glitt von einem Bruder zum anderen, und während er sprach, musterte er mit seinen kurzsichtigen Augen jede Falte der Gesichter, etwa wie ein Antiquitätenhändler ein altes Bild betrachtet; seine Worte fielen abgerundet mit gewichtiger Sicherheit von seinen Lippen:

„Was haben wir Geistlichen mit dem Staate zu schaffen? Wenn es eine Möglichkeit für den Katholizismus gibt, Weltreligion und Weltmacht zu werden, so wird ein freies Polen diese Möglichkeit nur zerstören. Towianski hat recht, wenn er gegen die Hitzköpfe auftritt! Welchen Wert hat ein befreites Polen mitten unter den Wölfen Rußland, Preußen und Österreich? Ehe es noch auf eigenen Füßen steht, haben sie es wieder in Stücke gerissen! Ja, eine Erhebung im Namen des Katholizismus begreife ich! Auf daß die hundert Millionen Russen Katholiken werden. Doch wenn man ein freies Polen wünscht, so heißt das nichts anderes, als daß der Pöbel zur Herrschaft kommen soll... und dagegen müssen wir Geistlichen sein und werden es sein!"

Der Lärm nahm zu.

„Aber wenn ein Pole", schrie ihm Wirzbicki mit wut- und schmerzerfülltem Gesichtsausdruck entgegen, „in der russischen Armee dient und auf seine Brüder, die Polen, schießt, dann straft Ihr ihn nicht. Dann gebt Ihr ihm Absolution, was? Ihr wollt Polen, Ihr wollt Seelenhirten sein? Schämt Euch, hochwürdige Herren! Ihr habt Angst um Eure eigene Haut! Ihr wollt nicht begreifen, daß es ohne ein polnisches Volk auch keine polnischen Priester geben wird! Warum schweigt Ihr? Gebt den armen Bauern Absolution, lasset sie beichten!"

„Niemand kann uns vorschreiben, was wir zu tun haben!" Ein barfüßiger Bruder erhob das Kreuz, welches an seiner Brust hing.

„Niemand hat das Recht, sich in diese Dinge einzumengen!" wagte sich ein anderer vor.

„Bedenket, Ihr seid in einer Kirche!" drohte ein dritter und schlug mit der Faust auf den Holzeinband eines Buches.

Bei den letzten Worten sah man die hohe Gestalt Komarowskis, der soeben eingetroffen war, auftauchen. Sein schmales Gesicht war bleich, das wirre Haar klebte in Strähnen an der feuchten Stirn. Er streckte seine Arme gegen die Priester aus und schaute sie eine Weile an. Dann aber, ein zweiter Savonarola, goß er Pech und Schwefel über sie:

„Im Feuer lasse ich das Kloster aufgehen, hört Ihr's? Im Feuer! Dem Erdboden mache ich es gleich! Was schweigt Ihr? Ihr wollt Polen sein? Ihr seid Geistliche? Ich lasse Euch bei lebendigem Leibe verbrennen!"

Fortsetzung folgt.

Vor Veröffentlichung des Palästinaberichtes der Mandatskommission

Genf, 3. August. (JTA.) Wie der JTA-Vertreter erfährt, hat die britische Regierung dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie ihre Bemerkungen (observations) zu den Schlußfolgerungen der Mandatskommission hinsichtlich Palästina nicht früher als am 6. August wird zur Verfügung stellen können. Der Bericht der Mandatskommission wird gleichzeitig mit den „Bemerkungen' der Mandatarmacht zur Veröffentlichung gelangen. Der Völkerbundsrat wird diesen Bericht in seiner Septembersession in Behandlung ziehen.

Traurige Lage der Juden in Marokko

Paris, 4. August. (JTA.) Die über alle Maßen traurige Lage der Juden in Marokko beginnt nun die französische Judenheit zu beschäftigen. Die Juden in Marokko sind rechtlos; es ist ihnen nicht nicht erlaubt, die französische oder die marokkanische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Sie stehen unter dem „Schutz" des Sultans von Marokko, was nur bedeutet, daß sie einer mittelalterlichen moslemitischen Jurisdiktion unterworfen sind. Jeder kleine Ortsrichter verhängt Geißelstrafen über Juden. Der soeben von einer Reise nach Marokko zurückgekehrte Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Prof. Victor Basch, erklärte, der kulturelle Standard der marokkanischen Juden sei ungewöhnlich niedrig, Schulen und noch einmal Schulen seien notwendig. Frankreich könne sich aus politischen Gründen da nicht einmischen, es könne den Sultan seiner Vorrechte nicht berauben und auch nicht die Vorrechte seiner Notabeln, die das Volk unterdrücken und die Juden malträtieren, aus der Welt schaffen.

Julian Mack und Stephen Wise kommen zur Berliner Jewish-Agency-Tagung

Neuyork, 1. August. (JTA.) Richter Julian Mack und Dr. Stephen S. Wise sind als außerordentliche Vertreter der amerikanischen Zionisten zur Tagung des Zionistischen Aktionskomitees und des Administrativkomitees der Jewish Agency in Berlin delegiert worden. Mack, der frühere Führer des amerikanischen Zionismus, hat vor neun Jahren zusammen mit der Brandeis-Gruppe die Zionistische Vereinigung in Amerika verlassen und nimmt an ihren Arbeiten erst wieder seit der in der Konvention in Cleveland erzielten Einigung als Ehrenpräsident der Organisation teil. Weder Mack, der zu jener Zeit der Organisation nicht angehörte, noch Wise, der in Opposition zur Agency stand, sind vom Züricher Kongreß als Mitglieder des Administrativkomitees gewählt worden. Außer Mack und Wise werden an der Tagung des Aktionskomitees und des Administrativkomitees aus Amerika noch teilnehmen: Louis Lipsky, Abraham Goldberg, Elihu Stone, Dr. M. Koralnik, Morris Rothenberg und Jacob Fishman.

Rabbi Silverman, 70jährig gestorben

Neuyork, 29. Juli. (JTA.) In Neuyork starb im Alter von 70 Jahren Rabbi Joseph Silverman, der Gründer und Präsident der Bruderschaft vom Temple Emanuel. Der Verstorbene war Ehren-Vizepräsident des Palestine Foundation Fund und besuchte in dieser Eigenschaft 1923 Palästina. Über seine Reise schrieb er eine Aufsatzreihe in der Neuyorker Zeitschrift „Tribune". Rabbi Joseph Silverman war ein geschätzter Mitarbeiter führender englischer und amerikanischer Zeitschriften. Er ist Verfasser des Werkes „Renaissance des Judentums".

Jabotinsky will Lord Paßfield und den High Commissioner gerichtlich belangen

Paris, 30. Juli. (JTA.) Jabotinsky berät, wie die JTA erfährt, mit juristischen Sachverständigen die Möglichkeit, den britischen Kolonienminister Lord Paßfield und den High Commissioner für Palästina, Sir John Chancellor, gerichtlich zu belangen, da in dem gegen Jabotinsky erlassenen Einreiseverbot nach Palästina, für welches die Genannten verantwortlich sind, eine willkürliche Verletzung persönlicher Interessen zu erblicken sei. Jabotinsky ist von seiner Stelle als Vizepräsident der Versicherungsgesellschaft „Judea Insurance" zurückgetreten, nachdem er unterrichtet worden war, daß das Einreiseverbot für ihn endgültig ist.

Die meisten Mitglieder der Palästina-Exekutive außer Landes

Jerusalem, 29. Juli. (JTA.) Nachdem von den Mitgliedern der Palästina-Exekutive der Jewish Agency Dr. Maurice Hexter und Dr. Werner Senator sich bereits in amtlicher Eigenschaft im Ausland befinden, verlassen dieser Tage auch noch Josef Sprinzak, Dr. Artur Ruppin und Rabbi Meir Berlin das Land, um an den Sitzungen des Zionistischen Aktionskomitees und des Administrativkomitees der Jewish Agency in Berlin teilzunehmen. Man erwartet, daß Colonel Kisch, der zu Besprechungen nach London und Paris gefahren war, bereits Ende dieser Woche von seiner Europareise zurückkehrt. Miß Henrietta Szold soll wieder provisorisch in die Palästina-Exekutive der Jewish Agency eintreten und zusammen mit Colonel Kisch und Pinchas Ruthenberg die Exekutive in Palästina bilden, solange die meisten Mitglieder der Exekutive außer Landes weilen.

Die Palästinaregierung bemüht sich um Einigung im Klagemauerstreit

Jerusalem, 31. Juli. (JTA.) Die Palästinaregierung setzt die von der Klagemauerkommission ins Werk gesetzten Bemühungen zur Erzielung einer gütlichen Einigung zwischen Juden und Arabern im Klagemauerstreit fort. Auf jüdischer Seite ist man, wie der JTA berichtet wird, bereit, bedingungslos das Eigentum des Moslems an der Klagemauer und dem Platz vor der Klagemauer anzuerkennen, verlangt jedoch von den Moslems die Anerkennung des Rechts zur Ausübung des jüdischen Gottesdienstes auf dem Platz vor der Klagemauer. Die Einigungsverhandlungen sind bisher nicht weiter gediehen, weil die Haltung der Partei des Mufti unverändert abweisend ist.

Das Programm des Großmufti: eine arabisch-christliche Allianz gegen die Juden

Jerusalem, 4. Juli. (JTA.) Auf der letzten Tagung der Arabischen Exekutive hat der Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el Husseini, sein Programm entwickelt, das in den Worten gipfelt: Engere Zusammenarbeit mit den übrigen islamischen Ländern auf pan-islamischen Linien, ferner ein Pakt mit den christlichen Nationen gegen die Juden.

Aus arabischen Quellen verlautet, daß der Großmufti in dieser Sitzung die Versicherung gab, daß er die Hälfte der Aktien der geplanten arabischen Bodenerwerbsgesellschaft erwerben werde. Fragt mich nicht, rief der Mufti der Versammlung zu, wo ich das Geld hernehme!

Aus der gleichen Quelle verlautet, daß der nationalistische arabische Führer Moghanan Elias Effendi Moghanan nach der Rede des Mufti seiner tiefsten Unzufriedenheit darüber Ausdruck gegeben hat, daß statt den Plan der Bodenerwerbsgesell-

schaft zu fördern, der Plan einer islamisch-christlichen Allianz gegen die Juden erwogen werde. In äußerstem Zorn verließ Moghanan die Sitzung.

Arabischer Friedensappell

Jerusalem, 4. August. (JTA.) In der arabischen Zeitung „El Salaam“ schreibt Nasser el Taher, ein bekannter Araber aus Nablus: Jetzt ist es Zeit, die Glocken des Friedens zu läuten; es ist Pflicht beider Völker, der Juden sowohl wie der Araber, zu einer gemeinsamen Beratung zuzusammenzutreten, um politische und religiöse Fragen gemäß den Lehren von Moses und von Mohammed in friedlicher Weise zu lösen. Machet ein Ende dem Blutvergießen, schließt Taher, zu welchem Leute aufreizen, die sich als Führer des Volkes ausgeben, aber nur ihr selbstsüchtiges Interesse im Auge haben.

Der Konflikt um die Infiat-Böden entschieden Ein arabischer Bodenmakler steht hinter den Beduinen

Haifa, 3. August. (JTA.) Der vor zwei Jahren zwischen den Kolonisten von Chedera und Beduinen entstandene Konflikt um den Besitz der sogenannten Infiat-Böden ist jetzt zur Entscheidung gebracht worden. F. G. Lowich, der Siedlungsbeamte der Palästinaregierung, hat dieser Tage entschieden, daß die jüdischen Käufer der betreffenden Böden in der Überzeugung handelten, daß die Böden dem Makler gehören und daß sie über die wahren Umstände bei der Übertragung des Bodens im Jahre 1880, die im Laufe der jetzt vorgenommenen Untersuchung zur Sprache kamen, nicht unterrichtet waren. Der Eigentumstitel der Kolonisten von Chedera auf diese Böden wurde daher bestätigt mit der einen Ausnahme, daß 2500 Dunam Dünen, die als Regierungseigentum festgestellt wurden, den Beduinen weiter zur Weide überlassen werden. Die Beduinen hatten ein Areal von mehr als 10 000 Dunam als ihr Eigentum reklamiert.

Die Tel-Awiwer hebräische Tageszeitung „Dawar“ enthüllt, daß ein arabischer Bodenmakler aus Haifa die Aktion der Beduinen finanziert habe, und zwar unter der Bedingung, daß die den Juden abgesprochenen Böden ihm übetragen werden.

Gnadengesuch für Urphali

Jerusalem, 29. Juli. (JTA.) Der einzige im Zusammenhang mit den Augustereignissen des vorigen Jahres in Palästina zum Tode verurteilte Jude, Josepf Urphali, hat, nachdem seine Verurteilung auch in der zweiten Instanz bestätigt wurde, beim Privy Council, der obersten Appellationsbehörde des britischen Reiches, Berufung gegen das Urteil eingelegt. Die Berufung vertrat Sir Boyd Merriman, während die palästinensische Justizbehörde durch Kenelm Preedy vertreten war. Der Privy Council erklärte sich unzuständig, da er kein Appellationsgericht für Strafsachen sei. Er könne ein Urteil nur dann aufheben, wenn der Gang des ordentlichen Gerichtsverfahrens verletzt worden ist. Dies treffe aber in diesem Fall nicht zu. Nach Ablehnung der Appellation hat Sir Boyd Merriman es übernommen, ein Gnadengesuch an den High Commissioner zu verfassen, dem nun die letzte Entscheidung zusteht. Wie die JTA erfährt, hat das Gericht zweiter Instanz, als es das Todesurteil gegen Urphali bestätigte, einen Gnadenakt empfohlen.

Um die Begnadigung Joseph Urphalis

Jerusalem, 1. August. (JTA.) Nachdem der Privy Council in London das Appellationsgesuch des zum Tode verurteilten Jaffaer Juden, Joseph Urphali, aus formellen Gründen ablehnend beschieden hat, nimmt nun die Presse Palästinas zu der Forderung nach Begnadigung Urphalis Stellung. Die Arbeiter-Tageszeitung „Dawar“ schreibt: Sollte Urphali hingerichtet werden, so wird die Exekution nicht einen Mörder treffen, sondern einen vollkommen Unschuldigen, an dem der Staat ein Justizverbrechen begangen hat. — Die arabische Zeitung „El Jamea el Arabia“ schreibt: Nachdem die Regierung drei unglückliche Araber hat hinrichten lassen, erfordert es die Gerechtigkeit, daß auch Urphali hingerichtet wird, leider der einzige von den jüdischen Mördern, der zum Tode verurteilt worden ist.

„Doar Hayom“ doch wieder revisionistisch

Jerusalem, 31. Juli. (JTA.) Nach dem Bruch zwischen den Herausgebern des „Doar Hayom“ und der revisionistischen Partei, der sich zuerst in einem Streik des Redaktionsstabes und dann in einer Erklärung der palästinensischen Revisionisten, daß ihre Beziehungen zum „Doar Hayom“ abgebrochen sind, offenbarte, haben verschiedene Gruppen, unter ihnen die Lehrer-Organisation und der Misrachi, wegen Übernahme der Redaktion mit den Besitzern der Zeitung verhandelt. Nachdem alle diese Verhandlungen zu keinem Ziele geführt haben, ist nunmehr die Wiederherstellung der revisionistischen Redaktionsführung des Blattes sichergestellt.

„Maschbir“ erhält die Vertretung der Imperial Chemcal Industries

Jerusalem, 30. Juli. (JTA.) Das unter Leitung Lord Melchetts stehende größte englische Industrieunternehmen für chemische Erzeugung, Imperial Chemical Industries Ltd., hat der Konsumgenossenschaft der jüdischen Arbeiterorganisation in Palästina, „Ha-Maschbir“, den Alleinvertrieb seiner Produkte im nördlichen Palästina, einschließlich des Gebietes von Haifa, Emek Jezreel, Ober- und Untergaliläa, übertragen.

Der Verlauf des Tischa b'aw in Jerusalem Stiller Gottesdienst im dunkeln an der Klagemauer

Jerusalem, 4. August. (JTA.) Am Vorabend des Tischa b'Aw nach Sonnenuntergang strömten aus verschiedenen Teilen Jerusalems jüdische Einwohner in großen Scharen zur Klagemauer, um in traditioneller Weise die „Kinoth“ (Klagegebete) herzusagen. Gemäß der Verordnung des Distriktskommissars Keith-Roach waren Kerzen und Lampen jeder Art aus dem Gebiete der Klagemauer entfernt worden, so daß tiefe Dunkelheit herrschte. Bloß auf dem Pulte des Vorlesers der Klagegebete brannte ein Öllämpchen. Da auch das Mitbringen von Matten zum Sitzen verboten war, saß die Menge unbeschuht und in Strümpfen auf den bloßen Steinen und lauschte — da sie infolge der Dunkelheit nicht selbst in den Kinothbüchern lesen konnte — schweigend den gedämpften Lauten des Vorlesers, der die Klagegebete über die Zerstörung des Tempels sprach. Es herrschte vollkommene Ordnung, die in dem Gebiet der Mauer postiert gewesenen britischen Polizisten hatten keine Gelegenheit einzuschreiten.

Das jüdische Viertel in der Altstadt Jerusalems war ebenfalls in Dunkel gehüllt, da alle Läden geschlossen waren.

Palästina-Ein- und Auswanderung im Juni

Jerusalem, 4. August. (JTA.) Im Verlauf des Monat Juni 1930 wanderten 419 Juden in Palästina ein; 105 Juden verließen in dem gleichen Monat das Land. Im Juni wanderten auch 113 Christen, unter ihnen 64 britische Polizisten, ein; 76 Christen wanderten im Juni aus. Die Zahl der im Juni eingewanderten Moslems betrug 8, die der ausgewanderten Moslems 27. 30 Einwanderungsbewerbern wurde die Einreiseerlaubnis verweigert. Es ist dies bisher die größte Zahl der in einem einzigen Monat Zurückgewiesenen.

Hafenarbeiten in Haifa

Jerusalem, 22. Juli 1930. (Ziko) Es wird offiziell mitgeteilt, daß die Hafenarbeiten stetig fortschreiten. Der Bau des Hauptwellenbrechers und anderer, ähnlicher Arbeiten wird mit besonders großem Interesse verfolgt. Der Hauptwellenbrecher ist jetzt bis zu einem Punkte gediehen, der 550 Meter vom Land entfernt ist. Beinahe 100 000 Kubikmeter Steine sind aufgeschüttet worden.

An der Spitze des Wellenbrechers, wo der große Kran arbeitet, ist das Wasser bis zu 7 Meter tief. Durch den Bau des Wellenbrechers ist schon eine bedeutende Fläche eines ruhigen Wasserspiegels entstanden.

Im Laufe der letzten drei Monate hat der Geroeldeich und die Aufschüttung an der Küstenlinie westlich der deutschen Mole große Fortschritte gemacht.

Die Eisenbahn oder Landlinie, die speziell für die Hafenarbeiten gebaut wird, ist nun auf der andern Seite der deutschen Mole angelangt. Sie soll sich der Küstenlinie entlang bis zur bestehenden Eisenbahnmole erstrecken, ein Ziel, das man in zwei bis drei Monaten zu erreichen hofft.

In den Steinbrüchen in der Nähe von Athlit wird forsch gearbeitet. Die Tagesproduktion beträgt beinahe 2000 Tonnen Steine.

Übersetzung der Mischna ins Englische

Wie verlautet, beendet demnächst Herr Dr. Danby, protestantischer Geistlicher und Vertreter der Londoner „Times“ in Palästina, die Übersetzung der Mischna ins Englische. Er befaßt sich mit dieser Arbeit bereits seit einigen Jahren. Bekanntlich hat Herr Dr. Danby auch das Buch von Professor Klausner über Jesus aus dem Hebräischen ins Englische übersetzt.

(Ziko)

Feuilleton

Englische Offiziere

Von W. Jabotinsky

(Schluß)

Auf dem Ölberge, von wo aus die „OETA“ (Occupied Enemy Territory Administration) die Verwaltung leitete, hatte man aufgehört, sich Zwang aufzuerlegen. Chef-Administrator war im Jahre 1919 General Money, aber der eigentliche Chef hieß Vavian Gabriel. Er trug die Uniform eine Colonels, stand an der Spitze der Finanzabteilung und dirigierte alle Räder der Regierungsmaschine. Ich muß ihn ohne Zögern als Judenfeind bezeichnen. Überdies war er in der ganzen Verwaltung vielleicht der einzige Mann, der wirklich Talent hatte. Er war klug wie ein kluger Jude, gebildet und gründlich, ein vollkommener Kenner der ökonomischen und politischen Lage Palästinas. Er kannte auch den Zionismus, wenigstens seine schwachen Seiten, kannte die Schwächen unserer Landwirtschaft, die Spaltung zwischen dem neuen Jischuw und der hundertprozentigen Orthodoxie, die Fehler der Finanzwirtschaft des Waad Hazirim. Ganz offen deklarierte er sich als Gegner des Zionismus, ganz offen stellte er sich ihm auf Schritt und Tritt in den Weg. All seine Heldentaten aufzuzählen lohnt sich wohl nicht, aber sie zeichneten sich durch einen merkwürdigen Reichtum an Erfindungsgabe aus. Hieb folgte auf Hieb; heute ein Befehl, daß alle Papiere im Zollamt entweder in englischer oder in arabischer Sprache ausgefüllt werden müßten — „andere“ Sprachen seien nicht zulässig. Morgen geht ein gedruckter Bericht an die Londoner Regierung, der statistisch nachweist, Palästina lebe nur von der Landwirtschaft, und die Juden spielten in der Landwirtschaft keine Rolle. Übermorgen ein offizielles Projekt, dreißigtausend maltesische Einwanderer auf Staatsländereien anzusiedeln.

General Money hörte ihm zu, wie ein Schüler seinem Lehrer. Es war auch auf Gabriels Einfluß zurückzuführen, daß Money sich eine öffentliche antizionistische Demonstration erlaubte. Bis zu seiner Zeit galt unsere „Hatikwah“ als eine der offiziellen Nationalhymnen, die stehend angehört werden mußten. General Windham, der Oberkommissär Ägyptens, hatte während des Aufmarsches der Legion in Kairo von „Od lo awdah“ bis „Schimu achai“ die Hand am Kappenschild gehalten, nebenbei gesagt, eine recht lange Zeit! Auch Allenby hatte sich anläßlich der Grundsteinlegung für die Universität bei der „Hatikwah“ erhoben. General Money aber blieb sitzen: das geschah bei einer jüdischen Festlichkeit, in einer jüdischen Institution, in Anwesenheit fremder Konsuln und arabischer Notabeln.

Selbst neueingeteilte Beamte, die uns aus Ägypten geschickt wurden, waren bereits vom Antisemitismus angesteckt. Ich erinnere mich an einen — es war der neuangekommene Gouverneur von Jaffa. Er traf am Abend ein, berief einen jüdischen Sekretär zu sich und erklärte, er werde am nächsten Morgen eine Begrüßungsdeputation von jüdischen Bürgern empfangen und an sie eine arabische Ansprache richten. Er sei kein Antisemit, sagte er, und hege die größten Sympathien für jene Juden, die im Lande geboren seien und spaniolisch oder arabisch sprächen; aber die anderen, die eingewanderten, hätten im Lande überhaupt nichts zu suchen. Der Sekretär erstattete dem Waad Hazirim Bericht, und wir telephonierten dem General Money, daß es einen Skandal geben werde; die Deputation werde einfach während seiner arabischen Ansprache den Saal verlassen. Sogar Money erschien dies zu bunt, und es wurde dem Gouverneur der Auftrag erteilt, englisch zu sprechen und überhaupt keine überflüssigen Worte zu machen. Er konnte sich jedoch nicht beherrschen. Einen Monat darauf sagte er in einem Klub in Gegenwart vieler englischer und zweier französischer Offiziere: „Wenn man hier über die Juden herfallen wird, werde ich mein Fenster öffnen und zuschauen; den Truppen werde ich den Befehl erteilen, sich nicht einzumengen.“ Die beiden französischen Offiziere waren Juden: Dr. Segal und Adjutant Saphir. Sie haben dies dem Waad Hazirim berichtet.

So klug auch Gabriel war, eine Sache hatte er nicht begriffen: daß die Juden bloß in Palästina schwach, anderswo hingegen stark sind — stärker zum Beispiel als eine Gruppe Offiziere auf dem Ölberg. Zu Ende des Jahres 1919 verschwanden sowohl Gabriel als auch General Money. In Palästina erzählte man sich, dies hätte Mr. Brandeis erwirkt, der nach einem Besuch in Palästina nach London gegangen sei und sich über die Lage bitter beschwert habe.

Ob dies der Wahrheit entspricht, weiß ich nicht. Gabriel verließ den Ölberg nur ungern und noch lange Zeit danach trug er sich mit dem Kolonisationsprojekt für die Malteser. Das Projekt erlitt Schiffbruch und nun sucht er Trost in antizionistischen Artikeln in Londoner Zeitungen.

Denselben Trost findet jetzt auch Mr. Philby. Er hat Kummer, der ihn Trost zu suchen zwingt. Sein Lebenstraum war fast in Erfüllung gegangen, man

hatte ihn als englischen „Adviser“ in einen Teil seines arabischen Paradieses delegiert — in das Gebiet jenseits des Jordans. Dort blieb er ein Jahr lang, studierte Abdullahs Regierungskünste und reiste enttäuscht und „degoutiert“ ab. Merkwürdig, daß auch die anderen Prediger der Verewigung der Karawane und des Harems von ihrem Ideal abgekommen zu sein scheinen. Lawrence schweigt, Richmond — er hatte dieselbe Rolle gespielt wie Gabriel, jedoch später, in Sir Herbert Samuels Tagen — schweigt, und Philby kühlt sein Mütchen an den Juden und am Zionismus*.

Aber für uns war diese Änderung in der „OETA“ von geringem Nutzen. An Stelle Moneys kam Bols — es folgten die blutigen Ostertage im Jahre 1920 in Jerusalem, Gemetzel in der Heiligen Stadt, die Epopöe des Selbstschutzes, das Militärgericht, jüdische Verbrecher in der Festung von Akko. Das ist vielleicht nicht weniger „pittoresk“; aber es gehört nicht zu meinem Thema. Ich berichte über die Legion, und die Legion bestand damals nicht mehr. Hätte sie noch bestanden . . .

Natürlicherweise wurde unter diesen Umständen das jüdische Regiment die beliebteste Zielscheibe für die obenerwähnte gehässige Stimmung. Um dem bürgerlichen Jischuw Seitenhiebe zu versetzen, mußte man die glänzende Begabung eines Gabriel besitzen; aber um einen gewöhnlichen Soldaten bis aufs Blut zu schikanieren, mußt man bloß Korporal der Militärpolizei sein. Es begann eine wahre Hetzjagd . . .

Auf Einzelheiten will ich hier nicht eingehen. Vielleicht ist das Sentimentalität — aber ich trug die englische Uniform und erinnere mich dessen mit Stolz. Ich kann einen General Allenby wegen seiner läppischen Exkursionen in das Gebiet der Politik und Zivilverwaltung kritisieren und verspotten, aber als Soldat ist er mir Allenby, Lord von Megiddo im Tale von Esdraelon, Eroberer von Gaza, Jerusalem, von Galiläa und dem Ostjordanland. Möge ihm Gott die Berater verzeihen, mit denen er sich umgab, und die giftige Atmosphäre, welche sie im Innern der großen Familie, „Armee“ genannt, geschaffen haben. Immerhin war es meine Familie und ich liebte sie. Die Einzelheiten der Hetze gegen die Legionäre möchte ich lieber verschweigen.

Sollten sich unter meinen Lesern amerikanische und kanadische Legionäre befinden, so werden auch sie mir verzeihen müssen, daß ich nur flüchtig die beiden Feldgerichte erwähne, von denen das eine Mal 35 und das andere Mal 25 unserer amerikanischen Boys wegen „Meuterei“ verurteilt wurden. Ich, ein Jurist dem Diplome nach, aber ein „Jurist“, der in seinem Leben noch keinen Gerichtshof gesehen hatte, mußte als ihr Verteidiger fungieren; und das war ein schwerer und trüber Moment. Aber auch davon will ich nicht sprechen. Einmal, weil ich ehrlich der Ansicht bin, daß die Schuld auf beiden Seiten lag. Unsere Soldaten lebten in einer Atmosphäre beständiger Provokationen von außen. In dem zweiten der beiden Fälle gab es auch eine innere Provokation seitens ihres eigenen provisorischen Kommandanten, jenes Majors Smolly, den ich bereits in einem früheren Kapitel erwähnte. Aber wenn man auf einem schwierigen Wachtposten steht — und ein solcher war unser Amt in Palästina — darf man Provokationen nicht nachgeben. Ich beschuldige nicht, im Verlauf des Prozesses habe ich die jungen Leute liebgewonnen, und ihre Haltung vor Gericht war schön und würdig. Einer von ihnen, Korporal Lewinsky aus Kanada, leistete eine Heldentat — er nahm die ganze Schuld auf sich und behauptete, er habe seine Untergebenen „gezwungen“, ihr Lager zu verlassen. Er erhielt sieben Jahre Militärgefängnis, aber er rettete sechs Kameraden. Vier Monate später wurden jedoch alle amnestiert, und ich werde es nie vergessen, wie sie auf ihrem Rückweg nach Palästina an das Gitter desselben Arrestantenlagers in Kantara kamen, wo wir während ihres Prozesses in den Pausen uns zu beraten pflegten — aber diesmal waren ich und neunzehn andere die Arrestanten. Mit tränenerstickter Stimme sagten sie mir: „Sir, es blutet unser Herz, Sie hier zu sehen.“ Gott bewahre, ich beschuldige sie nicht, sie sind mir allzu teuer. Aber teuer ist mir auch der Legionsgedanke; und ich hatte einst gehofft, daß wir alle die Zähne zusammenbeißen würden, die Augen schließen und durchhalten, durchhalten, durchhalten . . .

Ich will nicht den Eindruck erwecken, als ob alle Mitglieder von Allenbys Hauptquartier unsere Feinde gewesen wären, oder als ob sich unter den Christen und Arabern nur Feinde gefunden hätten. Im Gegenteil: Der Mann, der der Militärkaste den wirksamsten Stoß versetzte und Palästina endgültig von ihrer Herrschaft befreite, war einer der höchsten Beamten in der Verwaltung der „OETA“, Colonel Meinertzhagen, „Chief Political officer“. Er sagte Bols wie auch Allenby direkt ins Gesicht, die Regierung trage die volle Verantwortung für den Pogrom. Trotz aller Bitten, Heucheleien und Drohungen sandte er einen scharfen Bericht an das War-Office und erzwang es, daß der Bericht Lloyd George und seinem Kriegskabinette vorgelegt wurde. Das hatte die Wirkung eines Keulenschlages; und mit der Generalswirtschaft in Palästina war es zu Ende.

Andererseits fehlte auch jene Figur nicht, die laut Tradition des Ghetto bei keiner gut geleiteten Judenhetze fehlen darf: der jüdische Denunziant. Seinen Namen will ich nicht nennen, aber er geht bei der englisch-jüdischen Gesellschaft in London noch immer ein und aus. Damals war er natürlich Captain, spielte sogar mit dem Gedanken, in die Legion einzutreten, zog es aber schließlich vor, sich dem Hauptquartier anzuschließen. „Was macht er dort?“ fragte ich einen Engländer. „Oh, er ist irgendein ‚Bottle-washer‘,“ entgegnete er, „er erzählt Anekdoten in Allenbys Messe.“

Über den Inhalt und Charakter dieser Anekdoten habe ich viel gehört. Eine davon ging mich persönlich an.

Das trug sich folgendermaßen zu: Kurz vor dem Ausbruch des erwähnten „Aufstandes“ unter unseren amerikanischen Soldaten sandte ich einen Bericht an Colonel Patterson, in dem ich erklärte, der Zustand sei für den ganzen Jischuw und unsere Soldaten unhaltbar und könne zu schweren und gefährlichen Konflikten führen. Eine Abschrift dieses Berichtes schickte ich an General Allenby persönlich und lenkte seine Aufmerksamkeit auf die wilde Judenhetze, die in der Armee und bei den Arabern Platz gegriffen habe.

Eine Woche darauf kam jener jüdische Captain nach Tel-Awiw und lud mich zu einer Zusammenkunft im Hause Jechiel Weizmanns, eines Bruders von Dr. Weizmann, ein. Jechiel Weizmann war bei bei unseren Gesprächen zugegen.

„Allenby hat ihren Bericht erhalten“, begann der Captain, „er ist bereit, Sie zu empfangen und anzuhören. Eigentlich hängt es von mir ab. Er bat mich, Sie aufzusuchen und zu erfahren, worüber Sie Klage führen. Sprechen Sie ganz offen, wir sind doch Juden.“

Ich hatte keine hohe Meinung von ihm, namentlich seit dem Urteil des Engländers. Aber von der Fähigkeit des Generals Allenby, sich seine Vertrauensmänner zu wählen, hielt man in Palästina auch nicht viel. Jedenfalls, wer konnte es wissen, vielleicht sprach der Captain die Wahrheit? Und ich schilderte ihm meine Beobachtungen.

Einige Wochen später erhielt ich von einem Freunde aus dem Hauptquartier eine Kopie des Berichtes über die Unterredung, den der Captain dem General vorgelegt hatte. Von meinen Beobachtungen stand keine Silbe darin, aber was meine Person betraf, regnete es Schwefel und Pech. Ein Porträt schwarz in schwarz. Die Einzelheiten, die ich dort über mich fand, sind uninteressant, aber eine Bemerkung ist erwähnenswert: er hatte entdeckt, ich sei ein Bolschewik. Eine unverdiente Ehre. . . .

Aber ich erhielt den Befehl nach Kantara zu reisen, um abzurüsten und so wurde ich im August 1920 wieder Zivilist. Hier schließen meine persönlichen Erinnerungen an die Legion. Es bleibt nur mehr ein letztes Wort, eine Art Nachruf eines Vaters am Grabe seines Kindes; aber eines Vaters, der nicht daran glaubt, daß sein Kind in Wirklichkeit noch gar nicht gestorben ist. . . .

* Geschrieben 1926. Der Übersetzer.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

München. Vor einiger Zeit sprach Prof. Adolf Fränkel von der Universität Jerusalem über das jüdische Schulwesen Palästinas. Er gab ein besonders anschauliches Bild vom Aufbau der Universität einerseits und von den Misrachi-Schulen anderseits. Die Ausführungen des Redners wurden in manchen Punkten von dem anwesenden palästinensischen Schriftsteller Radler-Feldmann (Rabbi Benjamin) ergänzt. Es entspann sich eine angeregte Diskussion und man merkte das Interesse des Publikums für sachverständige Darstellung durch kompetente Beurteiler.

Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion wurde bis Ende August verlängert. Alle Schekelblockinhaber werden deshalb gebeten, sich in den nächsten Tagen ganz energisch für die Aktion einzusetzen. Sämtliche Zionisten und ihre Familienmitglieder, sowie alle dem Zionismus nahestehenden Personen müssen in dem Besitz eines Schekels sein.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 35
vom 29. Juli bis 5. August 1930

Spendenbuch. Herr und Frau Emil Amanyi anläßlich der Geburt ihres Sohnes Werner 25.—.

Büchsen. Geleert durch Herrn Walter Orbach: Geschwister Goldstern 10.—, Fritz Rosenthal 6.20, Max Bogopolsky 4.45, Theodor Neustätter 5.—, Dir. Julius Davidsohn 2.—, Bernhard Aß 2.60 = 30.25; geleert durch Herrn Ernst Moses: Dr. S. Koschland 6.64, N.N. 3.11, Joseph Cheikowsky 2.—, S. Schmickler 1.—, Heinrich Kahn —.50, Max Fleischer —.35 = 15.60.

Büchsen. Siegfried Adler 8.60, Joseph Epstein 2.80, Ch. Both 2.50, El. Schindler 2.—, N.N. 1.—, B. Chary 1.—, P. Wiesenfeld 1.—, N.N. 2.—, Johann Schaffranek 1.20, Adolf Fuchs 1.02 = 23.12.

Büchsen. Karl Schuster 2.—, Frau Reg. Weißmann 1.60, Arnold Cheikowsky 2.—, Leopold Kluger 1.40, Joseph Enoch 1.80, Joseph Anmuth 2.05, B. Goldfarb 1.73, J. Blau 1.10 = 13.68.

Zusammen 107.65 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929 7155.18 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 31. Juli 1930

Spendenbuch. Herr und Frau Robert Kohn anläßlich der Geburt ihrer Tochter 10.—, Herr und Frau Dr. Alfred Murr anläßlich ihrer Vermählung 10.—, Familie Jakob Hischhorn anläßlich der Genesung ihres Sohnes 5.—.

Wertzeichen. Gisa Berger 8 Bausteine gesammelt 4.—.

Büchsen. Durch Tilde Nußbaum, 2. Rate: Frau Kommerzienrat Lehmann 11.23, Dr. Strauß-Reich 3.—, Dr. Emil Thalmann 13.33, Mendel Nußbaum 10.16, Horwitz 7.23, Desser 5.24, Frau Frida Vorhaus, Martin Thurnauer je 5.—, Firma A. Steinhardt 4.79, Bernhard Thurnauer 4.25, E. Allerhand 3.80, Abr. Zuckermann 3.50, N. Rapaport 3.20, Adolf Krämer, Jakob Erlanger je 3.—, 25 Büchsen unter 3.— = 37.45.

Zusammen 152.18 RM.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht 6681.25 RM.

Abonnieren Sie die

„PRESSE-REVUE“

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALBÜRO DER ZIONISTISCHEN ORGANISATION.

Die „PRESSE-REVUE“ bringt Woche für Woche eine Zusammenfassung wichtiger Aeußerungen der zionistischen Presse unter besonderer Berücksichtigung der hebräischen Zeitungen Palästinas.

Jede Nummer enthält:

1. Eine Übersicht über die **hebräisch-palästinensische** Presse und ihre Stellungnahme zu den Problemen des Aufbaus und der Politik.

2. Eine Revue der allgemein zionistischen **Presse der Diaspora.**

3. Auszüge aus der **arabischen** Presse, die die Stellungnahme der palästinensischen sowie syrischen und ägyptischen Araber zur zionistischen Bewegung und Arbeit beleuchten.

Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Palästina ist diesem Teil der Revue ein erweiterter Raum gewährt worden.

Jeder Zionist, der mit der Gedankenwelt und den Leistungen der zionistischen Bewegung in engem Kontakt zu bleiben wünscht, muß die „PRESSE-REVUE“ abonnieren. Das Abonnement für die „PRESSE-REVUE“ kostet 10 Shilling pro Jahr. Es wird gebeten, den Abonnementsbeitrag der Bestellung beizulegen.

ZENTRALBÜRO DER ZIONISTISCHEN ORGANISATION
VERLAG DER „PRESSE-REVUE“
77, Gt. Russell Street, LONDON, W. C. 1.

SELMA EMRICH
SCHÜLERPENSIONAT
WÜRZBURG / TRAUBENGASSE 3
Gewissenhafte Überwachung / Beste Verpflegung

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

Der jüdische Reichsverband

Über eine öffentlich-rechtliche Gesamtorganisation der deutschen Juden

Von Dr. Manfred Saalheimer

Die im Moment besonders aktuelle Arbeit gibt einen geschichtlichen Abriß der Bestrebungen zur Schaffung eines Reichsverbandes und untersucht Rechtsgrundlagen, Aufbau und Aufgaben einer endgültigen Organisation. Für jeden im jüdischen Leben Stehenden ist die Kenntnis dieser Arbeit unerläßlich.

Broschiert Reichsmark 2.40.

Verlag B. Heller • München
Plinganserstraße 64

Oskar Böhm / München



Glasermeister
Thierschstraße 39 / Telephon: 26 1 03
Einglasen von Schaufenstern / Neubauten / Ein- und Umglasen von Glasdächern bei langj. Garantie / Ausführung sämtl. Reparaturen in allen Stadtteilen ohne Preisaufschlag. Offerte kostenlos.

Schreibmaschinenarbeiten aller Art werden zuverlässig, billig und pünktlich erledigt.
Fernsprecher 64 5 34

Annahme von
kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo“ und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung“
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.